

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,00 M. Durch die Post bezogen monatlich 8,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 9,00 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26 281.
Sprechstunde: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 26 281.
Geschäftszeit: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate: werden die halbspaltigen Zeilen mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 285.

Dresden, Sonnabend den 9. Dezember 1916.

27. Jahrg.

Die Rumänen in vollem Rückzuge. — Unübersehbare Beute.

(M. T. S.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 9. Dezember 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deeregruppe Kronprinz Rupprecht:
Im Saume Weibitz war zu einzelnen Stunden der Geschützbeschuss. Nachts gegen unsere Stellung Le Transloy vorgehende Patrouillen wurden durch Feuer und Rauchsamt vertrieben; die Anzahl von Ausstrahlern blieb dabei in unserer Hand.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Deerefront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:
Nördlich des Naroczsee in der Starogard, griffen nach dem Durchbruch mehrere russische Kompanien vergeblich unsere Stellungen an.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph:
Südlich der Kurbaba und Bistriz-Tal legte der Russe gestern eine neue Stellung an. Zunächst schickten sie verhältnismäßig in unserem Front. Nördlich von Lerna-Bataillon verlorener Boden wurde vom Gegner neu erobert.

Auch bei in der Hauptsache schlagelagerten Angriffen südlich der Troszka-Linie erlangte der Russe bei erheblichem Kräfteverbrauch geringe örtliche Erfolge.

Deeregruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen:

Der linke Flügel der neunten Armee hat die rumänischen Divisionen, die von den Bässen nördlich von Sincia sich nach Südosten zurückzuschlagen versuchten, aufgegeben, mehrere Tausend Mann wurden gefangen, viele Geschütze erbeutet.

Vor dem rechten Armeeügel und vor der rasch vordringenden Donau-Armee ist der Feind in vollem Rückzuge.

Seit dem 1. Dezember hat der Rumäne an die beiden Armeen, sowie die zunächst flüchtige Aufklärung der Schladobler um Unterstützung, über 70 000 Mann, 184 Geschütze, 120 Maschinengewehre verloren. Die Höhe der Zahlen läßt einen klaren Rückschlag auf die Größe des Erfolges der verbündeten Truppen zu und zeigt den Grad der Auflösung des rumänischen Deeres, dessen Verluste an Toten und Verwunden zur Gefangenenzahl im Verhältnis stehen.

Die Route an Erdgerät und Kriegsmaterial ist unabwehrbar.

Mazedonische Front:

Vor den Höhenstellungen nördlich von Monastir und nördlich von Koratowo lag heftige Artilleriefeuer, dem leicht abgeworfene Angriffe im Bereich folgten.

Teilweise des oberen Lajnos-Dees schlugen bulgarische Verbände eine englische Kompanie zurück.

Der erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Die Kabinettsbildung durch Lloyd George.

Nach einer Neutermeldung hat Lloyd George die Bildung seines Kabinetts so gut wie vollendet. Das vermutlich folgende Kabinett umfaßt: Bonar Law als Schatzkanzler, Addison als Munitionsminister, Balfour als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Lord Derby als Staatssekretär des Krieges und Regierungsvizepräsident im Oberhaus, Henderson als Arbeitsminister mit einem Sitz im Kriegsrat, Barnes als Minister für Pensions- und Lord Robert Cecil als Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt.

In einer Versammlung der liberalen Partei wurde Asquith das Vertrauen ausgesprochen und beschlossen, die neue Regierung bei der Fortführung des Krieges zu unterstützen. Im Laufe der Versammlung teilte Asquith mit, Balfour werde das Auswärtige Amt übernehmen und Lord Cecil würde die Stelle eines Unterstaatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten beibehalten.

Neuere Reiterd. Cour. meldet aus London: Dain Chronicle berichtet den Anhang Lloyd Georges im Unterhause folgendermaßen: 288 Unionisten, 25 Arbeiterpartei und 10 Liberale. 60 Unionisten befinden sich außerhalb des Landes, 277 Mitglieder zählt die Opposition.

Ein bewaffnetes Handelsschiff am Atlantischen Ozean.

London, 8. Dezember. (Reuter.) Die Admiralität meldet, eine einen Bericht erhalten, daß ein bewaffnetes und

verkleidetes deutsches Schiff vom Handelsschiff Typ am 4. Dezember im nördlichen Atlantischen Ozean gesichtet worden sei. Eine weitere Meldung sei nicht eingelaufen.

Asquith und Grey unterstützungsbereit.

London, 9. Dezember. (Reuter.) Auf der Versammlung der liberalen Partei erklärte außer Asquith auch Grey, das Feindesrecht zu wollen, um die Aufgabe, vor die sich die neue Regierung stellt, zu erleichtern. Grey sagte: Obwohl einige Proteste wegen der persönlichen Angriffe, die auf sie gemacht worden sind, empfinden, so ist doch die beherrschende Tatsache für das ganze Land, daß wir einen Mann gegen einen Mann und einen unüberwindlichen Feind gegenüber befinden und daß Lloyd George und seine Regierung das Schicksal des Landes in ihrer Hand haben. Die liberale Partei muß alle Unterstützung, die in ihrer Macht liegt, der Führung des Krieges leisten.

London, 8. Dezember. (Reuter.) Auf einer Versammlung der liberalen Partei sagte Asquith die Streitpunkte zwischen ihm und einigen Kollegen über den Kriegsrat und über den Vorschlag, den Kriegsrat unter dem Vorsitz in diesem Rat auszuscheiden, auseinander. Diese Streitpunkte hätten ihn zur Einreichung eines Abbiegegedächtnisses zugezwungen. Im übrigen erklärte Asquith, er würde sein Bestes tun, um der neuen Regierung ihre Aufgabe zu erleichtern.

Die Haltung der Arbeiterpartei und die Verstaatlichungspläne.

Neben Amsterdam wird aus London gemeldet, daß in der Konferenz der Arbeiterpartei die pazifistischen Sozialisten sich weigerten, eine neue Regierung zu unterstützen. Der Beschluß, an der Regierung teilzunehmen, wurde mit Stimmenmehrheit gefaßt. Daily News sagen, es bestehe noch Zweifel darüber, wie weit die Arbeiterbewegung im Lande mit dem Beschluß der Arbeiterpartei, mit der Regierung zu gehen, einverstanden sei. Dies werde sich erst auf der nationalen Konferenz am 25. Januar in Manchester deutlicher zeigen.

Eine Neutermeldung besagt, es werde geplant, Schiffahrt, Eisenbahnen und Bergbau unter Staatsaufsicht zu stellen. Lloyd George ließ ferner durchblicken, daß er an die Mobilisierung der bäuerlichen Bevölkerung des Landes zum Zweck der Ausbildung ungelerner Arbeitskräfte denke, um die Lebensmittelproduktion zu erhöhen. Daily News schreiben: Lloyd George hat der Arbeiterpartei versprochen, daß sie auf der Friedenskonferenz vertreten sein und in allen den Frieden betreffenden Fragen eine Stimme haben solle. Neben der Mobilisierung des Reichstums befragt, sagte Lloyd George, daß seine Politik darauf gerichtet sein werde, die Arbeit der ganzen männlichen Bevölkerung des Landes zu regeln, und daß er daran denke, alle Erbschaften und Geldanlagen unter die Aufsicht der Regierung zu stellen.

Für die gesamte Kriegsbauer verboten.

Aus Holland wird dem V.A. berichtet: Das Erscheinen der Trade Union, des Wochenblatts der sozialistischen Gewerkschaftsgruppen in England, wurde durch Urteil des Londoner Gerichtshofs für die gesamte Kriegsbauer verboten. Der Herausgeber und der Verleger wurden wegen Aufreizung zur Wutregung gegen die Staatsgewalt und Verletzung der Wehrkraft des Landes zu schweren Strafen verurteilt. — Aus Melbourne wird gemeldet, daß zwölf führende Mitglieder der Union der Industriearbeiter, die des Hochverrats beschuldigt waren, jetzt wegen Verurteilung und Verleitung zum Aufstand zu Strafen von 10 bis 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurden. Bei der Urteilsverkündung sagte der Richter: Die Union sei eine Brutstätte des Verbrechens, gegen die man nicht kräftig genug einschreiten könne.

Internationaler Arbeiterschutz.

Von Otto S. u. e.

Die Militarisierung der Volkswirtschaft, von der auch bisher neutralen Länder nicht ganz verschont geblieben sind, hat in allen kriegführenden Staaten abnorme Arbeiterschlachtmisse gezeitigt. Nicht nur sind viele Hunderttausende männlich mobilisierter Industriearbeiter, Angestellte, Kleinrentner und Landwirte durch Weibchen und Frauen ersetzt worden, auch die Zahl der gewerblich tätigen Kinder und Jugendlichen hat sich gewaltig vermehrt. Durch wird natürlich alsbald zunächst die Frage aufgeworfen, was zu geschehen hat, wenn die Soldaten zur Friedenszeit entlassen werden und in vielen Hunderttausenden von ihnen ihre früheren Arbeitsplätze von Ersatzkräften besetzt werden, die doch nun nicht ohne weiteres auf die Straße zu gehen sind. Es ist auch dann sicher damit zu rechnen, daß die Kriegskräfte wegen ihrer meist erheblich geringeren Entlohnung von den Unternehmern bevorzugt werden. Die Unternehmer erklären heute schon, daß der nach dem Kriege rückwärts internationale Wettbewerb eine „Gerabehung der Löhne“, also Vornehmlich der Löhne bedinge. Man kann sich also auf schwere wirtschaftliche Konflikte gefaßt machen, wenn nicht rechtzeitig unzufolge Vorkehrungen getroffen werden, die eine möglichst reibungslose Auswechslung der Arbeitskräfte alsbald nach Friedensschluß bedingen.

Obzwar steht aber gleich die nicht minder wichtige Frage: Wie wird sich der geschlechte Arbeitermarkt gestalten? Es darf als allgemein bekannt vorausgesetzt werden, daß heute in allen kriegführenden Ländern weibliche und kindliche Arbeitskräfte an Arbeitsstätten sind und unter Bedingungen schaffen, die sich für die Natur nach durchaus nicht für solche Personen eignen. Sie leben heute in Knaben, Mädchen und Frauen zu Zehntausenden in der Montanindustrie, in den Eisen- und Stahlwerken, im Bau- und Transportgewerbe mit Arbeitsstätten betraut, die normalerweise über die Kraft dieser schwächeren hinausgehen; außerdem bilden die eigentümlichen Verhältnisse oft eine große Gefährdung des Muttertums und anderer jugendlichen Nachkommen. Es handelt sich um Beschäftigungsarten und -bedingungen, die vor dem Kriege durch Reichsgerichte, Bundesratsentscheidungen und noch mehr durch Gewohnheitsrecht den weiblichen Arbeitern und den Frauen verschlossen waren. Ähnlich wie nun die Untertagsarbeit von Frauen keine Ausnahme mehr, und in den Dampferwerken, in chemischen Fabriken, im Transportgewerbe usw., wo vor dem Kriege von bestimmten Ausnahmen abgesehen, keine weiblichen Arbeiter zu finden waren, beläuft sich heute ihre Zahl auf viele Zehntausende. Die Entwicklung vor dem Kriege um im allgemeinen dahin, jene Beschäftigungsarten weibliche Arbeiter durch Gesetz oder auf dem Geradenwege schrittweise gänzlich zu verbieten. Das geschähe im Interesse des Muttertums. Diese Entwicklung hat sich aber nicht unterbrochen; nicht etwa nur in Deutschland, sondern mindestens ebenso bedrohlich für die Volkswirtschaften in anderen Ländern. Die Raubarbeit auch der Knaben, Mädchen und Frauen ist in der Rüstungsindustrie heute zur Regel geworden.

Nun besteht unfreilich die große Gefahr, daß privat-

wirtschaftliche Gründe von sehr einflussreicher Seite für eine Weiterbeschäftigung der des besonderen Schutzes bedürftigen Kinder und Frauen in der jetzigen Weise auch nach dem Kriege ins Feld geführt werden. Für den Mißerfolg dieser Bemühungen möchte ich mich keineswegs verbürgen. Sehr bezeichnend ist, daß die im Juli 1916 in Leeds (England) versammelt gewesenen britischen, französischen, belgischen und italienischen Arbeitervertreter dieselben Befürchtungen hinsichtlich des zukünftigen Arbeiterschutzes zum Ausdruck brachten! Also handelt es sich nicht um eine deutsche, sondern um eine internationale Arbeiterfrage!

Mit dieser Feststellung ist auch schon der Weg angedeutet, auf dem die Lösung dieser Frage unternommen werden muß. In der deutschen Arbeiterpresse ist früher schon die Notwendigkeit betont worden, im Anschluß an den Londoner Friedensvertrag auch mindestens die Grundzüge der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung festzulegen. Das wäre eine Wiederholung der auf Veranlassung der deutschen Regierung im März 1910 begonnenen, aber wegen des Widerstands namentlich der belgischen Staatsdelegierten so gut wie ergebnislos verlaufenen Beratungen über die Richtlinien der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung. Damals handelte es sich hauptsächlich um den geschlechtlichen Kinder- und Frauenschutz. Heute haben sich unter der Einwirkung des Krieges gerade die Arbeitsbedingungen dieser kriegsbedürftigsten Personen derart verschlechtert, daß jeder Menschenfreund das Schlimmste für die Volkswirtschaft befürchten muß, wenn dem Roubbau an der Volkskraft nicht gründlich vorgebeugt wird. Da diese Verhältnisse in allen kriegführenden Ländern ziemlich gleich sind, ist auch die natürliche Basis für eine internationale Reformaktion gegeben. Ihre Durchführung würde den Einwand der bedrohten gewerblichen Konkurrenzfähigkeit glatt erledigen.

Die Gelegenheit, bei den Friedensverhandlungen auch die Mindestbedingungen vornehmlich für den geschlechtlichen Schutz der gewerblich tätigen Kinder und Frauen, namentlich das Verbot, sie in bestimmten Industrien, besonders während der Nachtzeit, zu beschäftigen, festzulegen, ist zu günstig, die Notwendigkeit zu offensichtlich, als daß es die zur Führung dieser Verhandlungen berufenen Staatsvertreter unterlassen dürften, sie auszunutzen. Doch dürfen die Verhandlungen sich nicht in diesem engen Rahmen halten, wenn verhindert werden soll, daß eines der beteiligten staatlich organisierten Wirtschaftsgebiete den anderen nach dem Kriege auf dem Weltmarkt geradezu Schmutzkonkurrenz durch Unterlassung der Arbeiterschutz- und der Versicherungs-gesetzgebung mache. Daher müssen auch internationale Mindestbedingungen über die Arbeitszeiten der Arbeiter überhaupt, ferner der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung vereinbart werden. Die Konferenz in Leeds hat gleiches vorgeschlagen; wir in Deutschland brauchen nicht zu fürchten, daß die Realisierung dieser Vorschläge unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt auslöscht. Haben wir doch oft genug gerade von deutscher Unternehmenseite gehört, Deutschland sei sogar „in der Welt weit voran mit der Sozialgesetzgebung“. Nun wohl, um so weniger Bedenken dürfen die deutschen Vertreter an der doch einmal kommenden Friedenskonferenz tragen, auch auf die einheitliche Regelung des internationalen Arbeiterschutzes im Sinne der Gewerkschaftsforderungen zu dringen.

(Schluß folgt.)